

ANTRAG

An den Landkreis Ammerland
Herrn Landrat Jörg Bensberg
Ammerlandallee 12
26655 Westerstede

17.02.2018

Sehr geehrter Herr Bensberg,

Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragt die zeitnahe Beratung und Beschlussfassung des nachfolgenden Antrags in den Gremien des Ammerländer Kreistages.

Herzlichen Dank!

Mit freundlichen Grüßen



Peter Meiwald

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag des Landkreises Ammerland lehnt die Annahme von sogenanntem „freigemessenem radioaktiven Abfall“ vom Rückbau des AKW Esenshamm auf der Deponie in Mansie ab.

Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, sich gegenüber der Strahlenschutzkommission des Bundes sowie dem Bundes- und dem Landesumweltministerium dafür einzusetzen, bessere und sicherere Endlagerungsmöglichkeiten für den schwach strahlenden Müll, der beim Rückbau der



Atomkraftwerke in großen Mengen anfällt, zu erarbeiten. Dies kann möglicherweise auch an den Kraftwerksstandorten so lange geschehen, bis sichere Endlager zur Verfügung stehen, denn es ist nach heutigem Stand der Wissenschaft nicht mehr verantwortbar, die Bevölkerung neben der natürlich vorkommenden radioaktiven Strahlung noch zusätzlicher künstlicher Radioaktivität auch unterhalb des aktuell geltenden 10 µSv-Persilscheins auszusetzen. Medizinisch gesehen gibt es keinen unteren Schwellenwert für die schädigende Wirkung radioaktiver Strahlung.

Begründung:

Durch die sogenannte „Freigabe“ gering radioaktiv kontaminierten Restmülls in die Lagerung auf normalen Mülldeponien oder gar die allgemeine Wiederverwertung im Rahmen eines Bauschutt-Recyclings wird die Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten völlig unnötig und vermeidbar zusätzlichen Strahlenbelastungen ausgesetzt.

Zum Schutz der Bevölkerung muss das vermieden werden und eine Verwahrung auch des gering strahlenden Mülls auf dem Kraftwerksgelände und eine Neukonzeption der langfristigen Entsorgung angestrebt werden.

Der weitere Umgang mit den Hinterlassenschaften der Atomindustrie hat darüber hinaus unter völliger Transparenz und in einer breiten gesellschaftlichen Debatte über die langfristige Aufbewahrung stattzufinden. Dazu gehört auch eine bessere Öffentlichkeitsbeteiligung bei atomrechtlichen Genehmigungen und eine Offenlegung der Informationen über Mengen, Strahlenbelastung und Verbleib aller radioaktiven Materialien.